

**Rede des Bürgermeisters Christian Vedder
Einbringung des Haushaltes der Gemeinde Südlohn
für das Jahr 2019
Sitzung des Rates der Gemeinde Südlohn am 14.12.2018
Sperrfrist: 14.12.2018, 19.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch in diesem Jahr stellen die Investitionen wieder die zentrale Größe im Haushalt dar. Während die laufenden Erträge und Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert gut sind, sind in den Jahren 2019 und 2020 Investitionen von jeweils 5,2 Mio EUR eingeplant. Die größten Investitionen sind weiterhin die Bauprojekte bei Schulen, Abwasseranlagen und Infrastrukturvermögen.

Es werden 3,5 Mio EUR weniger investiert als im Vorjahr. 2018 stellte in dieser Hinsicht ein absolutes Rekordjahr dar – auch in den Jahren 2016 und 2017 betragen die Investitionen nur 2,7 bzw. 3,6 Mio – davor häufig sogar „nur“ um die 1 Mio EUR.

Allerdings liegen die Investitionen für 2018 hinsichtlich der Realisierung noch weit hinter den geplanten Ansätzen zurück. Viele der geplanten Maßnahmen werden erst in 2019 begonnen oder fortgesetzt.

Mit den gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhten Erträgen aus Steuern und Gebühren wird auch die Erhöhung des Überschusses – auf fast 1,8 Mio EUR einher gehen.

Für den gesamten Finanzplanzeitraum ist eine konstante Verbesserung der Ertragssituation eingeplant. Hier ist jedoch Obacht geboten! Sowohl das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung als auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fürchtet bei einer Zunahme von Handelskonflikten negative Folgen für die Weltkonjunktur – und dies obwohl für 2019 ein Plus von 3,9 % erwartet wird. Es gilt also – wie auch in den Vorjahren: zuverlässige Planungen für die in der Zukunft liegenden Finanzplanjahre sind schwierig und mit Vorsicht zu genießen.

Die Gewerbesteuer bleibt eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinde. Sie war für 2018 niedriger eingeplant als für 2017 und der Ansatz wird auch für dieses Jahr nochmals geringfügig reduziert. Dennoch hat sie mit fast 5 Mio EUR ein Niveau, das sich für eine Gemeinde in unserer Größenordnung sehen lassen kann.

Nach wie vor sorgen viele Steuerzahler in unterschiedlichen Branchen für diese Ausgeglichenheit, die wir nicht haben würden, wenn diese wichtige Einnahmeposition nur durch „einen Großen“ geprägt würde.

Ich danke den ortsansässigen Unternehmern für ihr Engagement und Standorttreue. Dies hilft nicht nur der Gemeinde durch ein erhebliches Gewerbesteueraufkommen, sondern die Unternehmen schaffen sichere Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen für die Familien.

Kredite für die Finanzierung der Investitionen in 2018 sind bisher nur in geringem Maße aufgenommen worden. Ein in 2018 wegen Ablauf der Zinsfestschreibung ausgelaufener Investitionskredit konnte ebenso wie der Liquiditätskredit abgebaut werden (**insg. ca. 1.328.403 €**). Dennoch wird für das Jahresende noch ein Liquiditätsüberschuss erwartet.

Für das Jahr 2019 erhält die Gemeinde zur Finanzierung der Investitionen ca. 1,7 Mio EUR Zuwendungen und Beiträge. Der Rest – also 3,8 Mio EUR - könnte über Kredite finanziert werden. Durch das gute Ergebnis ist es jedoch möglich, die Kreditaufnahme für die neu geplanten Investitionen auf 650 TEUR zu beschränken.

Die Investitionen sind dringend erforderlich, um die Werte der Gemeinde auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Sie mussten in schlechteren Zeiten auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Dadurch führt jetzt der altersgemäß schlechte Zustand vieler Anlagen zunehmend zu Handlungsbedarf.

Entgegen der ursprünglichen Planung ist die Fertigstellung der St. Vitus Grundschule im Jahr 2019 nicht zu erwarten. Die Fertigstellung mit einem Gesamtvolumen von ca. 6 Mio EUR wird in 2020 erfolgen. Die Baumaßnahme wird in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis und den gemeindlichen Gremien durchgeführt, so dass Sie hier jederzeit auf dem Laufenden gehalten werden.

Auch die Umbauarbeiten an der von-Galen-Schule müssen in Angriff genommen werden. In diesem Jahr sind hierfür zunächst Planungskosten vorgesehen. Die Baumaßnahme soll in den Jahren 2020/2021 mit insgesamt 2,5 Mio durchgeführt werden.

2019 soll auch die Planung der Sanierung der Turnhalle an der ehemaligen Roncalli-Hauptschule erfolgen. Die Sanierung selbst ist für 2020 vorgesehen.

Die Bauarbeiten an den Kindergärten St. Martin und St. Ida sind weit fortgeschritten. Ein zusätzlicher Betrag für den Einbau eines Aufzuges in den St. Martin Kindergarten muss noch für 2019 bereit gestellt werden. Die Ausbaumaßnahmen waren aufgrund des steigenden Betreuungsbedarfs erforderlich geworden.

Der Wert des gemeindlichen Straßen-/ und Wegenetzes konnte im Jahr 2017 vor allem durch die Übertragung der Straße „Eschke“ vom GIB auf die Gemeinde wieder leicht erhöht werden. Diese Bilanzposition muss beobachtet werden. Tendenziell ist eine Abnahme und somit ein Werteverzehr zu Lasten kommender Generationen festzustellen. Dies kann nur durch Investitionen ausgeglichen werden.

Ein nennenswerter Ausbau des Wegenetzes ist für 2019 nicht vorgesehen. Hier stehen Maßnahmen in der Blumen-/Gartenstraße, sowie die Erweiterung des Gewerbegebietes Pingelerhook an. Für das Gewerbegebiet sind noch Grunderwerbsverhandlungen erforderlich. Die Vermarktung der Grundstücke wird kurzfristig erfolgen, da die Nachfrage groß ist.

Für die Blumen-/Gartenstraße liegt ein Antrag der Anlieger auf Verschiebung vor, über den in der heutigen Sitzung noch beraten wird.

Der Großteil der Investitionen wird wieder im Abwasserbereich erfolgen. Dies schlägt sich auch in den Gebühren nieder. Die Kalkulation wird ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgestellt. Hier scheint es sinnvoll, eine möglichst konstante Gebühr anzustreben, wobei die zur Zeit nicht zuverlässig planbaren Baukostensteigerungen die Kalkulation der Investitionen und somit auch der Gebühren schwierig macht.

Hinzu kommt, dass im Abwasserbereich aufgrund des Alters und der Beanspruchung der Anlagen oft auch ungeplante Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen erforderlich werden.

Neben den „üblichen“ Ansätzen für Kanalsanierung, Pumpen und Maschinen werden im Finanzplanungszeitraum die Baumaßnahmen zur Erhaltung der Betriebssicherheit des Klärwerkes fortgeführt.

Der Bau des 2. Nachklärbeckens musste im vergangenen Jahr umgeplant und verschoben werden. Es ist nunmehr von einem Ansatz in 2019 in Höhe von 1,6 Mio und einem Gesamtvolumen von 3,6 Mio EUR auszugehen.

Neben den großen Baumaßnahmen fallen die Investitionen für bewegliches Anlagevermögen in Höhe von 148 TEUR kaum ins Gewicht. Hiervon machen einen Großteil die regelmäßig wiederkehrenden Investitionen (EDV, Feuerwehrausstattung, Pumpen und Maschinen u.ä.) aus.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsplan wird Ihnen eine Liste der Investitionen mit den dazu gehörenden Folgekosten vorgelegt. Während sich im Abwasserbereich die Investitionen „nur“ auf die Liquidität der Gemeinde niederschlagen, werden die übrigen Investitionen sowohl den Finanz- als auch den Ergebnishaushalt über Jahrzehnte durch Abschreibungen und Zinsen belasten.

Der Aufwärtstrend in der Finanzplanung und Liquidität wird wesentlich durch die guten Ergebnisse des Haushaltes ermöglicht.

Der Ergebnishaushalt für 2019 wurde in Einklang mit den Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom August 2018 erstellt. Die November-Steuerschätzung ist hiervon nicht wesentlich abgewichen.

Die ordentlichen Erträge liegen mit 18,9 Mio EUR um 0,3 Mio. EUR über dem Vorjahresansatz. Die ordentlichen Aufwendungen liegen mit insgesamt 16,8 Mio. EUR nur um ca. 50 TEUR höher als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses liegt das Jahresergebnis bei 1.767 TEUR (Vorjahr: 1.427 TEUR). Das ist – kurz zusammengefasst – der Ergebnisplan, der darüber entscheidet, ob der Gemeinde eine Haushaltssicherung droht oder nicht. Hiervon sind wir weit entfernt. Die finanziellen Voraussetzungen für die Entwicklung der Gemeinde sind ausgesprochen gut.

Die Erträge werden durch die gemeindlichen Steuern, die Steuerbeteiligungen sowie durch Gebühren und Leistungserträge steigen. Sinkenden Transfererträgen (Erstattung des Landes für die Asylbewerber) steht auch ein Minderaufwand gegenüber. Tendenzen bestehen, die Integrationspauschale direkt an die Gemeinden durchzureichen, so dass hier noch zusätzliche Erträge entstehen könnten.

Die Zahlungen des Landes nehmen weiterhin einen positiven Verlauf. Auch gegenüber dem Vorjahr sind wieder steigende Einnahmen von Bund und Ländern zu verzeichnen. Durch die dadurch steigenden Verteilungsmassen für Einkommen- und Umsatzsteuer erhöht sich der Gemeindeanteil gegenüber dem Vorjahr um ca. 300 TEUR.

Im Bereich der Aufwendungen – vor allem bei den Personalaufwendungen – wurden nur geringe Steigerungen eingeplant. Steigende Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen und sonstigen Aufwendungen werden durch sinkende Aufwendungen durch Abschreibungen und Transferleistungen kompensiert.

Aufgrund der in den letzten Jahren konstant steigenden Gewerbesteuer steigt die Gewerbesteuerumlage. Auch Schlüsselzuweisungen wird die Gemeinde in den nächsten Jahren dadurch nicht erhalten – was auch als positives Zeichen gewertet werden kann.

Möglicherweise wird der Zuschlag zur Gewerbesteuer für den Fonds Deutsche Einheit bereits im nächsten Jahr gestrichen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde Mitte November ins Gespräch gebracht. Dies würde eine Verringerung der Gewerbesteuerumlage gegenüber des zur Zeit geplanten Ansatzes um ca. 398 TEUR bringen. Da jedoch – wie gesagt – die Aufwendungen insgesamt sehr knapp kalkuliert sind, und das erforderliche Gesetz noch nicht beschlossen ist, wurde der Ansatz nicht angepasst.

Die gemeindlichen Steuereinnahmen sind höher als der maßgebliche Bedarf, der sich aus einem relativ hohen Soziallastenansatz und einem niedrigen Flächenansatz errechnet. Die Verteilung der Schlüsselmasse bevorzugt nach wie vor Großstädte mit einem relativ hohen Anteil an Bedarfsgemeinschaften, auch wenn gegenüber dem Vorjahr die Anteilssätze hier zugunsten der ländlichen Gebiete geringfügig verändert wurden.

Die an den Kreis zu zahlenden Umlagen steigen aufgrund erhöhter Umlagegrundlagen insgesamt um 137 TEUR. Während die allgemeine

Kreisumlage sinkt, steigt die Jugendamtsumlage. Dennoch ist die Kreisumlage die wohl günstigste in ganz Nordrhein-Westfalen.

Der Haushalt der Gemeinde ist strukturell ausgeglichen. Die Ausgleichsrücklage wird nach derzeitigem Stand im Finanzplanungszeitraum ihren möglichen Höchststand erreichen. Da für die Finanzplanjahre nicht detailliert geplant werden kann, sind die dort ausgewiesenen Überschüsse jedoch mit Vorsicht zu genießen. Unvorhersehbare Ereignisse können jederzeit zu nicht kalkulierbaren Aufwendungen oder Investitionen mit entsprechenden Folgelasten führen.

Auch die Liquidität der Gemeinde scheint sich zu erholen. Der letzte Kassenkredit von 1 Mio konnte 2018 zurück gezahlt werden. Investitionskredite wurden bisher für das Jahr 2018 lediglich im Rahmen des Programmes „Gute Schule 2020“ in Höhe von 92 TEUR aufgenommen. Die Tilgung und evtl. Zinszahlungen für diesen Kredit werden komplett vom Land übernommen. Über die Jahre 2017 – 2020 verteilt kann die Gemeinde hier insgesamt 367 TEUR erhalten. Weitere Kreditaufnahmen werden im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 geprüft. Die evtl. erforderlichen Ermächtigungen können dann übertragen werden.

Bei dem derzeitigen Szenario ist es denkbar, die Kreditbelastungen in den Folgejahren spürbar zu senken. Das Ideal „keine weiteren Kredite“ ist zwar noch nicht erreicht, sollte jedoch nicht aus den Augen verloren werden.

Die guten Aussichten der kommenden Jahre bieten die Möglichkeit, die Verschuldung zu verringern, Investitionsstau abzubauen und im Sinne des NKF nicht zu Lasten der nachfolgenden Generationen zu wirtschaften.

Auch wenn die Zeichen positiv stehen, ist eine geringe Erhöhung der Grundsteuer B eingeplant worden. Das Ziel der Verringerung der Verschuldung und der Vermeidung neuer Kredite macht weiterhin diesen Betrag zur Sicherstellung der Liquidität erforderlich. Ebenfalls muss künftig darüber nachgedacht werden, ob – wie in anderen Kommunen auch – eine „echte“ Rücklage zur Finanzierung der künftigen Beamtenpensionen angespart wird.

Der fremdbestimmte Aufwand durch Landes- und Bundesgesetzgeber bleibt groß. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen vor allem bei der Schul-/und Sozialpolitik müssen vor Ort realisiert und gezahlt werden.

Die Flüchtlingssituation, die uns in den vergangenen Jahren personell und auch finanziell sehr beschäftigt hat, scheint sich zu erholen. Wohnraum wurde beschafft und durch die Aufstockung der personellen Ressourcen konnte die Aufgabe insgesamt gut gelöst werden. Die Integration der hier verbleibenden Flüchtlinge ist nach wie vor ein wichtiger Punkt. Die Personalsituation wurde dem geringeren Bedarf bereits angepasst. Nicht mehr benötigte angemietete Wohnungen wurden gekündigt.

Es ist durchaus möglich, dass die Gemeinde weitere Flüchtlinge aufnehmen muss, da sie hier ihr „Soll“ noch nicht erfüllt hat. Zum anderen werden wegen der Residenzpflicht die neuen Mitbürger auch nach Abschluss des Asylverfahrens bei uns bleiben. Es wird davon ausgegangen, dass ein weiterer Zukauf oder Anmietung von Immobilien für diesen Zweck nicht erforderlich ist. Ob eventuell auch Immobilien veräußert werden können, muss noch abgewartet werden.

Mitte November 2018 wohnten von 75 Asylbewerbern 50 Personen in gemeindeeigenen Objekten. 42 Asylantragsteller haben gegen die Ablehnung geklagt und gelten damit wieder als Erstantragsteller. 33 abgelehnte Asylbewerber sind geduldet.

Von 47 anerkannten Asylbewerbern sind 28 Pers. in gemeindeeigenen Wohnungen untergebracht. Außerdem wohnen 3 Obdachlose in einer angemieteten Wohnung.

Insgesamt sind in unseren Unterkünften 106 Personen (78 Pers. in den 12 gemeindeeigenen und 28 Pers. in 7 angemieteten Unterkünften) wohnhaft.

Die finanzielle Ausstattung durch das Land mit Pauschalzuweisungen und Beteiligung an der Umsatzsteuer ist - solange keine Mehraufwendungen z.B. für Krankheiten entstehen - nahezu auskömmlich. Für die Folgekosten für Integration oder im Schulbereich fehlen noch finanzielle Zusicherungen von Bund und Land.

Eine weitere wichtige Aufgabe bleibt die Personalentwicklung. Die Besetzungsverfahren im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass es für eine kleine Verwaltung schwierig ist, qualifiziertes Personal zu bekommen. Für

auswärtige Bewerber vor allem aus größeren Kommunen sind anscheinend sogar die Amtsleiterstellen im Rathaus nicht reizvoll.

Daher ist der Ansatz, selbst geeignetes Personal aus- und fortzubilden, die richtige Lösung. Auch umliegende Kommunen haben Personalmangel, so dass stets zu befürchten ist, dass die Arbeitskräfte der Gemeinde Südlohn woanders Ausschau halten, wenn wir ihnen keine attraktiven Perspektiven bieten können.

Zunehmend wichtiger werden die „weichen“ Faktoren wie Vertrauen, Anerkennung, Betriebsklima sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unsere Personalausstattung ist nach wie vor knapp. Dies spiegelt sich auch in dem geringen Anstieg der Personalkosten wider und wurde durch die Gemeindeprüfungsanstalt, die im vergangenen Jahr die Haushaltsjahre 2009 – 2016 geprüft hat, bestätigt. Umso wichtiger ist es, die Arbeitsmotivation aufrecht zu erhalten. Allein die Verbesserung des Gesundheitsmanagements reicht hierfür auf Dauer nicht aus.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine Menge Geld in die Erneuerung der gemeindlichen Infrastruktur gesteckt, sei es im Verkehrsbereich, im Bereich der Daseinsvorsorge oder auch im Bildungsbereich. Hier sind wir mittlerweile auf einem guten Standard angelangt.

Wir haben die einmalige Chance nachfolgenden Generationen eine gute Infrastruktur mit der Aussicht auf Schuldenfreiheit Gemeinde zu übergeben. Mein dringender Appell an Sie: Lassen wir diese Chance nicht ungenutzt verstreichen!

In den Unterlagen, die Ihnen ab sofort zur Verfügung stehen, wird auch wieder eine komprimierte Version des Haushaltsplanes sowie der Investitionen angeboten.

Detaillierte Informationen zum Haushalt finden Sie im Vorbericht.

Änderungswünsche sollten uns so frühzeitig wie möglich mitgeteilt werden, damit eine umfassende Aufbereitung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erfolgen kann. Die Sitzung wird voraussichtlich am

16.01.2019 stattfinden. Bis dahin haben Sie Zeit, den Haushalt zu überprüfen und ggfls. eigene Änderungsvorschläge zu machen. Bitte fügen Sie Ihren Wünschen auch Deckungsvorschläge bei.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns einladen würden, Ihnen den Haushalt 2019 näher zu erläutern. Vereinbaren Sie bitte einen Termin mit uns.

Bei Ihren internen Beratungen über den Haushalt 2019 wünsche ich Ihnen einen guten Erfolg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.